

Entschließungsantrag **der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P.**

zu der Erklärung der Bundesregierung **zu den anstehenden Castor-Transporten**

Der Bundestag wolle beschließen:

1. Der Deutsche Bundestag verurteilt Gewalthandlungen auf das Schärfste, die anlässlich der Vorbereitung und Durchführung von Brennelemente- und Abfalltransporten erfolgen.
2. Die Verantwortlichen werden aufgefordert, konsequent gegen systematische Rechtsverletzungen durch gewaltbereite Kernkraftgegner vorzugehen.

Die permanente Herausforderung des Rechtsstaates, dessen verfassungsgemäß getroffene Entscheidungen nicht akzeptiert, sondern durch Gewaltakte in Frage gestellt werden sollen, ist nicht hinnehmbar.

3. Gewalt ist kein Mittel der Politik. Schweigen oder gar öffentliches Verständnis für Gewalttaten können als Legitimation für diese ausgelegt werden.
4. Die Demonstrationsfreiheit muß gewahrt werden. Jeder hat das Recht, an friedlichen Demonstrationen teilzunehmen. Jeder hat auch das Recht auf freie Meinungsäußerung. Es kann nicht zugelassen werden, daß die Ausübung dieser Rechte durch Gegner der friedlichen Nutzung der Kernenergie von gewaltbereiten Kräften als Mittel der Herausforderung des Rechtsstaates mißbraucht wird.
5. Die Polizeibeamten leisten in diesen Tagen einen schweren Dienst zur Aufrechterhaltung der Inneren Sicherheit und zum Wohl der Allgemeinheit.

Der Deutsche Bundestag appelliert an die Bürger, sich von gewalttätigen Chaoten zu distanzieren, und versichert den Polizeibeamten von Bund und Ländern seine Solidarität.

Bonn, den 27. Februar 1997

Dr. Wolfgang Schäuble, Michael Glos und Fraktion
Dr. Hermann Otto Solms und Fraktion

